

Protokoll Spontanratssitzung 11.11.2023, 12:00 bis 13.00 Uhr

Anwesende Ratsmitglieder: Hanni (Berlin), Martin (Fulda), Aaron (Halle), Stephan (Berlin), Anne (Euskirchen), Rüdiger (Aalen), Werner (ila), Bernard (Frankfurt), Harald (Böblingen), Maria (Jena), Julia (Tübingen), Achim (Bremen), Hugo (Düsseldorf), Dirk (Frankfurt), Carmen (Frankfurt), Uwe (Dresden), Annette (Bochum), Törk (Bochum), Ulrike (Göttingen)

Moderation: Julia

Protokoll: Aaron, Uwe hat lektoriert

Zu Beginn Themensammlung und Abstimmung über Themen der spontanen Sitzung

Grundsatzfragen: z.B. Gaza (Krieg in Nahost), Gegen Rechts oder

die beiden geplanten attac-Kampagnen, weitere Ratstermine, Themen für die nächsten Ratstermine

→ Mehrheit für Organisatorisches und Kampagnen

1. Verabschiedung Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll wurde an alle gesendet, die vorgebrachten Änderungen wurden vollständig übernommen. → Da es dagegen keine Einwände gab, wurde das Protokoll ohne Widerspruch und ohne Abstimmung beschlossen.

2. Nächstes Treffen des Rates (online)

Die nächste Ratssitzung wird sich vorwiegend mit den Bestätigungen der AGs befassen. Die entsprechenden Ags wurde eingeladen.

Außerdem ist ein Input von Hermann zum Thema Degrowth geplant. Die zu bestätigenden Ags werden deshalb gebeten, wenn sie Bezug zu Degrowth haben, dies in ihrem Bericht zu erwähnen.

Es wurde, abgefragt, welcher Termin den anwesenden Ratsmitgliedern am besten passt. Daraus hat sich ergeben, dass die **nächste Ratssitzung am 18.2. wahrscheinlich von 10-16 Uhr stattfindet.**

3. weitere Ratstermine

Die Rats-VG wird für einen weiteren Termin für eine Präsenz-Ratssitzung ein Nuddel rumschicken, wenn der Ratschlagstermin feststeht und sich mit der Sommerakademie abgesprochen wurde, ob ein Treffen vor Ort möglich wäre. Es gab eine Diskussion, ob wir uns während oder am Rande der Sommerakademie, die vom 29.5. bis zum 2.6.2024 in Marburg stattfindet, treffen könnten. Dabei wurde der Wunsch geäußert, uns nicht parallel zu Veranstaltungen der Sommerakademie zu treffen.

Eine weitere Ratssitzung ist für Juli oder September geplant (Online)

4. Informationen aus der Lithium-Kampagne

Die Kampagne strebt danach, Lithium in Bezug mit dem geplanten Handelsabkommen mit Chile zu thematisieren. Obwohl der Fokus auf Chile liegt, wird die Kampagne einen umfassenden Blick auf die gesamte Region beinhalten. Derzeit wird eine Wortbildmarke von eine*r Grafiker*in gestaltet. Aktuell setzt sich die Kerngruppe der Kampagne aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe Welthandel & WTO zusammen. Beim Onboarding waren 11 Personen interessiert. Es bleibt offen, wie viele von ihnen sich an der Kampagne beteiligen werden.

Anmerkungen aus dem Plenum:

- Die Kampagnenidee könnte zu eng sein.
- Gut wäre ein breiterer Überblick, sodass auch ein anderer Extraktivismus (als Lithium / Chile) sich gut in der Kampagne abbilden ließe.
- Das Abkommen mit Chile wird wohl im Februar beschlossen, sodass die Zuspitzung darauf ein Risiko für die Kampagne birgt, das beachtet werden muss.
- Kurzfristige Webinare zur inhaltlichen Bildung der Regionalgruppen sind wichtig und sollten zeitnah angeboten werden.

- Es braucht Hintergrunderzählungen → z.B. wofür wird das Lithium überhaupt gebraucht etc.

5. Informationen aus der Klimageld-Kampagne

Die Kampagnengruppe befasst sich gerade mit der Frage, wie ein Alleinstellungsmerkmal zu anderen Organisationen aussehen könnte. Eine Projektbeschreibung ist in der Entwicklung.

Protokoll Europadebatte, 14:00 – 18:00 Uhr (Aaron, Brigitte, Uwe)

Anwesende: Hanni (Berlin), Martin (Fulda), Aaron (Halle), Stephan (Berlin), Anne (Euskirchen), Rüdiger (Aalen), Werner (ila), Bernard (Frankfurt), Harald (Böblingen), Maria (Jena), Julia (Tübingen), Achim (Bremen), Hugo (Düsseldorf), Dirk (Frankfurt), Carmen (Frankfurt), Uwe (Dresden), Annette (Bochum), Törk (Bochum), Ulrike (Göttingen), Dani (Mannheim), Brigitte (Nürnberg), Peter (Nürnberg), Manuela (Referentin), Bernd (Hamburg), Marie Dominique (Hamburg), Hans Jürgen (Köln)

Folgende Teilnehmer/innen sind aktive Mitglieder der AG Europa: Brigitte, Dani, Hans-Jürgen, Harald, Marie-Dominique, Peter O.

Alle Sitzungsunterlagen stehen unter

<https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/sitzungen/2023/2023-11-11>

1. Begrüßung (14:00 – 14:10 Uhr)

Julia begrüßt die Teilnehmer/innen, Harald erläutert den geplanten Ablauf.

2. Input Manuela Kropp (14:10 – 14:40)

Manuela arbeitet seit 14 Jahren in Brüssel und seit diesem Jahr im KoKreis.

Manuela informiert über Hintergründe der EU-Politik und stellt anhand konkreter Erfahrungen Einflussmöglichkeit einer emanzipatorischen Politik auf die europäischen Institutionen dar.

Stichworte aus ihrem Beitrag:

- In der EU wird eine falsche Energiepolitik durchgeführt und Klimaschutz wird nicht ausreichend angegangen. Es werden von der EU auch Investitionen gefördert, die nicht klimafreundlich sind. Es gibt kein Ziel, den Lithium-Verbrauch zu senken.
- Eine rechte Koalition aus konservativen und Faschisten versucht, Klimaschutz zu verhindern.
- Es gibt keine Mehrheiten für eine Beendigung der Schuldenbremse.
- Es gibt in der EU Demokratie-Defizite, z.B.
 - Ratssitzungen¹ sind nicht öffentlich; es gibt zwar Kurzprotokolle, aber diese erhalten nur Abgeordnete und es darf nicht aus diesen öffentlich zitiert werden. → Ratsmitglieder können folglich nicht verantwortlich gemacht werden für ihre Entscheidungen.
 - Das EU-Parlament hat kein Initiativrecht.
 - Nationale Regierungen bzw. Parteien üben Druck auf EU-Abgeordnete aus, die progressive Regelungen durchsetzen wollen.

Erfolge:

- Es wurde eine Mindestlohnrichtlinie² verabschiedet. → Die Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht hat zur Folge, dass Mindestlöhne erhöht werden müssen - in ärmeren EU-Staaten, jedoch auch in Deutschland.
- Es wurde eine Resolution für eine Patentfreigabe von Impfstoffen zu AIDS und Covid-19 verabschiedet.
- Es wurde eine Asbest Regelung getroffen, bei der sich die Gewerkschaften durchgesetzt hatten³.

¹ Im Rat der EU, landläufig auch „der Rat“ genannt, kommen **Minister/innen aus allen EU-Ländern zusammen, um Rechtsvorschriften zu diskutieren, zu ändern und anzunehmen**. Siehe:

https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/search-all-eu-institutions-and-bodies/council-european-union_de

² Vgl. z.B. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008644/p_fofoe_WP_292_2023.pdf

³ Vgl. z.B. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-starkt-schutz-vor-asbest-2022-09-28_de

- Plattformarbeiter*innen sollen durch EU-Vorgaben besser geschützt werden⁴ (Plattformrichtlinie, auf Initiative des EU-Parlaments).

Die EU-Kommission setzt sich für Europäische Betriebsräte mit Informationsrechten ein, es gibt Überlegungen zu europäischen Tarifverträgen.

Aus der Diskussion zum Vortrag von Manuela

- Die EU ist ein wichtiges politisches Kampffeld. Wir brauchen eine europäische Zivilgesellschaft, die für emanzipatorische Interessen kämpft! Ansätze für eine Europäische Öffentlichkeit sind z.B. bei „We move Europa“ zu erkennen.
- Alter Summit⁵ (ein Zusammenschluss von verschiedenen europäischen sozialen Bewegungen - ursprünglich von belgischen Gewerkschaften initiiert)) versucht, eine europäische Plattform aufzubauen.
- Können EU- Institutionen genutzt werden, um eine emanzipatorische Politik zu stärken? Beispiel: EU-Konferenz der Zukunft: es wurden z.B. ca. 50 Vorschläge eingereicht, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu verbessern.
- nach Art. 345 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ist eine Rekommunalisierung möglich. „Die Verträge lassen die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.“ Es muss nicht privatisiert werden → Argumente für den Zwang zu Privatisierungen aufgrund des Europarechtes sind nicht zutreffend.
- Wenn der Wille da ist, sind Veränderungen möglich. Z.B. könnten EU-Regelungen über Beihilfen oder Regelungen zu den Strukturfonds geändert werden, wenn es dafür im Parlament und im Rat Mehrheiten gibt.
Nicht nur durch die EU-Gremien wird eine emanzipatorische, soziale Politik verhindert, sondern insbesondere durch die nationalen Regierungen. Die schieben oft die Schuld an unpopulären Beschlüssen auf die EU, hatten sich jedoch in den entsprechenden EU-Gremien genau für diese Beschlüsse eingesetzt. Die Flexibilisierung wird durch die EU-Kommission und durch nationale Regierungen vorangetrieben (z.B. „Aktienrente“ – statt volle Absicherung über die gesetzliche Rente)

3. Erwartungen an unser Treffen (14:40 – 15:20)

Hans Jürgen spricht für die AG Europa

- Ist die EU reformierbar? Besteht die Möglichkeit zu einer progressiven Staatengemeinschaft zu kommen oder sogar ein sozialistisches vereintes Europa zu erreichen? Oder ist die EU ein kapitalistisches Herrschaftsprojekt, in dem alles Soziale verdrängt bzw. zugunsten von Profitinteressen nicht beachtet wird? Die EU-Verträge – und damit die Verpflichtung der EU auf die 4 Grundfreiheiten,⁶ insbesondere auf den freien Kapitalverkehr – können nur einstimmig geändert werden.
- Als Orientierung empfiehlt er, einen Blick auf Attac Österreich zu werfen. Demnach ist die EU nicht zu retten, aber ein Austritt ist keine Lösung.⁷
- Es braucht eine starke außerparlamentarische Bewegung.
- Verfahrensvorschlag: Heute den Einstieg in einen Prozess beginnen, um bis zum Frühjahr ratschlag eine gemeinsame Position zu Europa/der EU zu finden. Ähnlich wie es beim Erneuerungsprozess (Positionspapier) gemacht wurde. Es braucht ein Mehrheitsvotum

⁴ Vgl. z.B. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/platform-work-eu/>

⁵ Siehe <https://www.altersummit.eu/>

⁶ Die 4 Grundfreiheiten sind: Freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital

⁷ Hans Jürgen hat diese Position in einem Artikel erläutert:

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Europa/Dokumente/Rezension_EU-Studie_Attac-OEsterreich.pdf.

zu einer Grundposition, wie Attac zum Thema EU/Europa steht.

Brigitte und Törk erläuterten die in der Vorbereitungsgruppe zur Europadebatte entwickelten Vorgehensweisen und Positionen (siehe Dokument Thesen für das grundsätzliche Verhältnis von Attac zur EU.pdf: https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Sitzungen/2023-11-11/Thesen_fuer_das_grundsatzliche_Verhaeltnis_von_Attac_zur_EU.pdf)

Brigitte setzt in ihrem Statement folgende Schwerpunkte:

- Wir leben in einer Zeit mit anderen / zusätzlichen Herausforderungen als 2019. Heute ist noch wichtiger, ganz klar gegen Rechts Position zu beziehen.
- Die EU ist ein kapitalistisches Projekt, die Frage ist, ob trotz dessen EU-Strukturen genutzt werden können, um soziale Fortschritte zu erzielen.
- Um die Tagung von heute vorzubereiten, haben wir in der Vorbereitungsgruppe die Erklärung von 2019 analysiert. In vier Themensträngen erwarten wir kontroverse Diskussionen und haben diese Themen daher für Arbeitsgruppen vorgeschlagen: Soziales / Demokratie / Ökologie / Geopolitik. Andere Punkte der Erklärung sind weiterhin wichtig, z.B. Aufnahme von Geflüchteten. Wir erwarten dazu jedoch keine kontroverse Diskussion, auch weil entsprechende Aussagen im Positionspapier des Erneuerungsprozesses stehen.

Törk setzt in seinem Statement folgende Schwerpunkte:

- Der Nationalismus hat deutlich zugenommen. So ist Orban nicht mehr die Ausnahme. Wichtig ist, sich gegen diesen Nationalismus abzugrenzen.
- Asylrecht ist ein zentrales Thema, mit dem sich Attac im Kontext Europa unbedingt befassen muss.
- Die EU ist eine Organisation, die auf einem kapitalistischen Wirtschaftssystem beruht. Gleiches gilt für ihre Mitgliedsstaaten. In diesem Bereich einen Unterschied zwischen der Kritik an der EU und der Kritik an unserem Staat zu machen, hat keinen Sinn. Wir wissen nicht, ob die EU grundlegend reformierbar ist, wir sollten jedoch bestehende Handlungsspielräume nutzen, um emanzipatorische Forderungen durchzusetzen. Da die EU zurzeit selbst von einigen Grundsätzen neoliberaler Politik abweicht, könnte sich hier ein Möglichkeitsfenster öffnen.
- Ohne die EU stände es bei der Geschlechtergerechtigkeit schlechter.
- Der Green Deal der EU-Kommission ist zwar in der Umsetzung weit von dem entfernt, von dem, was es bräuchte. Jedoch ist die Zielsetzung der EU-Kommission – Klimaneutralität – grundsätzlich zu begrüßen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Umsetzung so gestaltet wird, dass das Ziel wirklich erreicht wird.
- Verfahrensvorschlag: Wir sollten zu Themen arbeiten, zu dem wir eine gemeinsame Position haben. Eine Diskussion bis zum Frühjahrsvorschlag (wie von der AG Europa vorgeschlagen) ist nicht sinnvoll.

Aus der Diskussion

- Die EU ist nicht schuld, dass in ganz Europa der Rechtsextremismus zunimmt und zu befürchten ist, dass nach den EU-Wahlen 2024 der Einfluss der Rechtsextremen im EU-Parlament steigt.
- Um eine linke EU-Kritik an die Öffentlichkeit zu bringen, braucht es sowohl grundsätzliche Kritik an den Strukturen als auch konkrete Arbeit. Wir sollten nicht sagen “in der EU läuft alles perfekt“ – oder „die EU ist an allem schuld“ – sonst verhalten wir uns unglaublich.
- Es wurde lange gesagt, die EU-Verträge seien in Stein gemeißelt. Wir sehen jedoch, dass die EU auf die aktuellen Krisen reagiert und bestimmte neoliberalen Dogmen (z.B. die Lohnentwicklung ausschließlich dem Markt zu überlassen) über Bord wirft. Folglich kann sich die EU durchaus verändern.

- Welche Alternativen werden von uns für die EU entwickelt?
- Viele Menschen merken, dass etwas grundsätzlich verkehrt läuft. Wenn wir nur Detailfragen ansprechen, erreichen wir viele Menschen nicht. Nur durch Ansprechen der Grundsatzfragen können wir auch im Detail Fortschritte erreichen, selbst wenn wir im Moment zu schwach sind, die Grundsatzprobleme zu lösen.

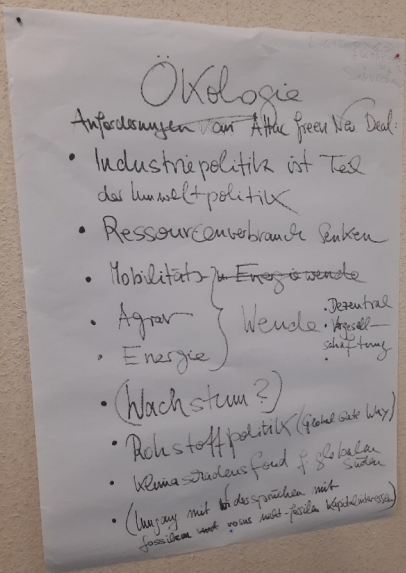
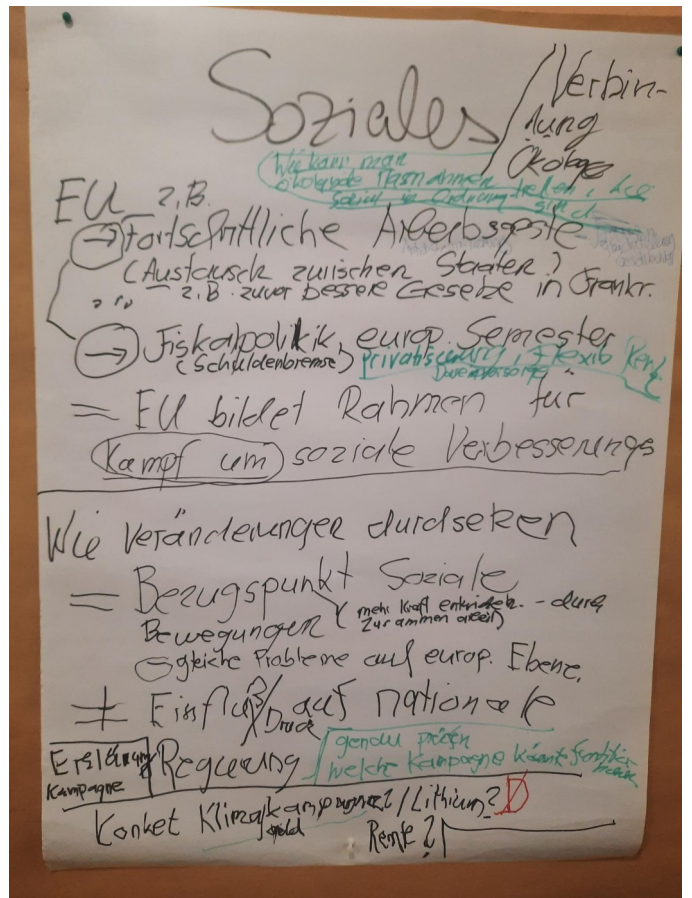
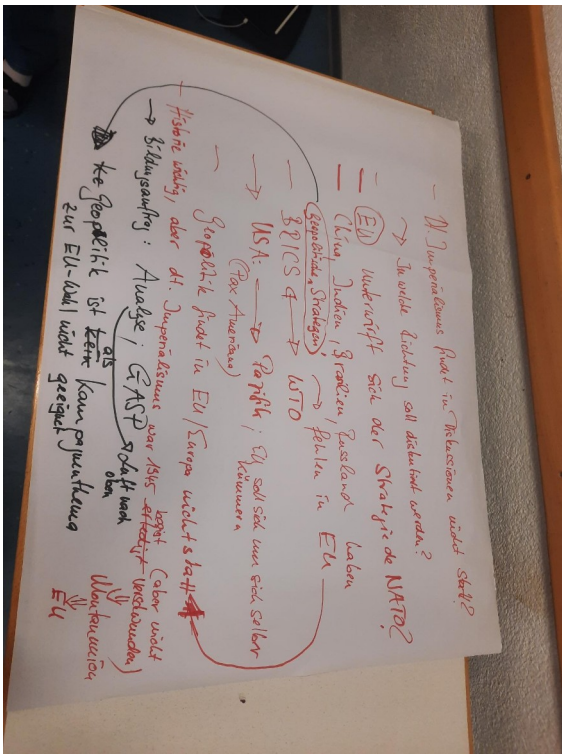
4. Workshops + Rundgang (15:30 – 17:15)

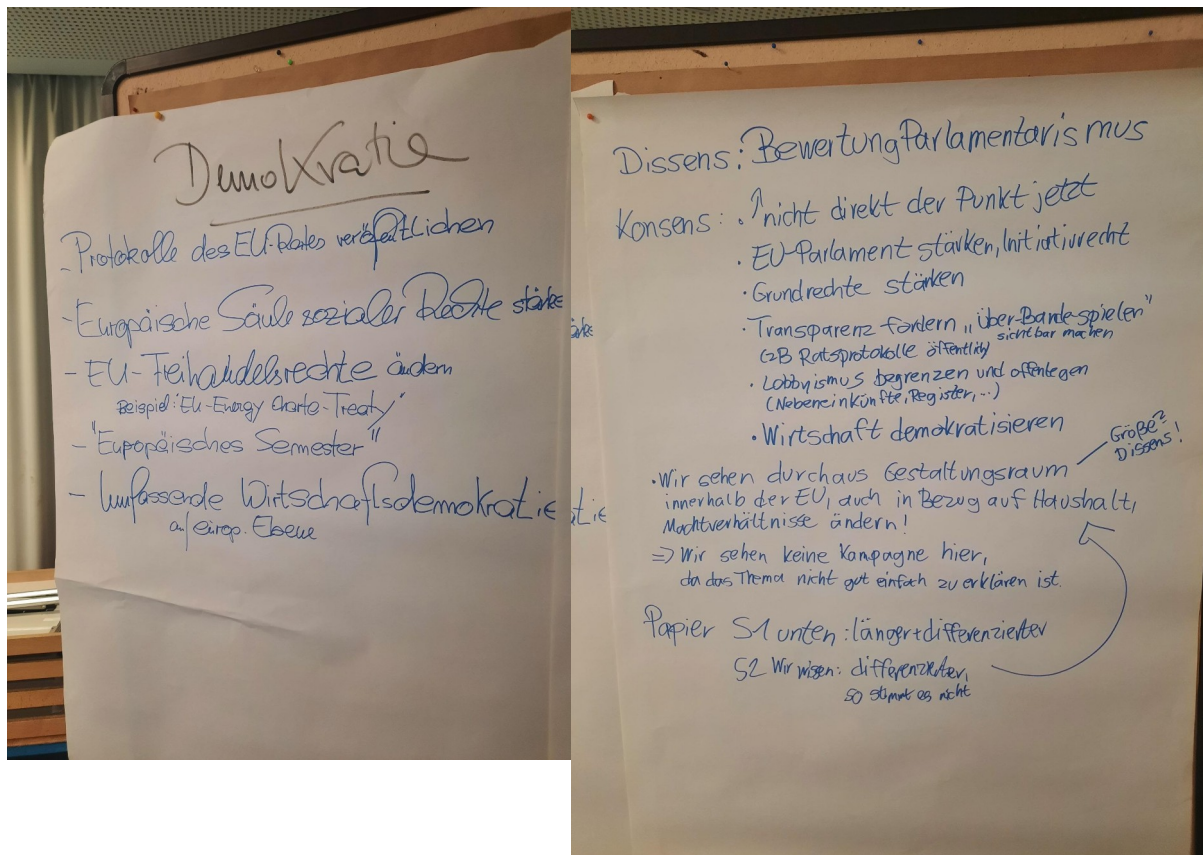
- Arbeitsgruppen; Soziale Frage / Demokratie / Ökologie / Geopolitik

Die Abbildungen zeigen die in den Arbeitsgruppen entwickelnden Thesen.

In der ersten Hälfte erarbeiten die Arbeitsgruppen ihre Thesen. In der zweiten Hälfte präsentiert je ein Mitglied einer Arbeitsgruppe den Teilnehmer*innen, die andere Arbeitsgruppen besucht hatten, die Ergebnisse. Z.T. wurden Arbeitsgruppenergebnisse in dieser Präsentations-/Diskussionsrunde noch verändert.

Geopolitik





Diskussion im Plenum:

- Der Umgang in den Kleingruppen ist sehr pragmatisch gewesen.
- In den einzelnen Gruppen hat es ähnliche Analysen gegeben. Keine Person, die an dem Rundgang teilgenommen hatte, berichtet von Thesen einer AG, mit der sie überhaupt nicht „leben“ könnte.
- Thema Kampagne;
 - Zuspitzung für eine Kampagne sollte anhand der Fragen, wo es Spaltungen in der Gesellschaft gibt, getroffen werden: Klima & Soziales & Migration
 - Es wird kein Kampagne-Thema genannt, das alle Teilnehmer*innen überzeugt hätte.
 - Es gibt wenig Kapazitäten für eine Kampagne zur EU Wahl.
 - Z.T. wird argumentiert, dass eine Kampagne zur EU-Wahl nicht sinnvoll sei, da bei attac aktuell bereits 2 Kampagnen (Lithium, Klimageld) geplant werden.

5. Absprachen, Pläne, Vorgehensweise

Eine Mehrheit ist dafür, die Erklärung zur Europawahl 2019 zu aktualisieren, gemäß den Ergebnissen der heutigen Tagung. Die Gliederung soll auf der Erklärung von 2019 aufbauen. Diese Überarbeitung soll innerhalb eines kurzen Prozesses durchgeführt werden. Dazu werden maximal drei Videokonferenzen angesetzt. Das Papier soll nach Möglichkeit, wie die Erklärung aus 2019, knappgehalten werden und im DIN A 4 Format gelayoutet werden. Kann jedoch Konsens nur erreicht werden, indem einzelne Textpassagen etwas ausführlicher formuliert werden, kann der Text auch etwas länger werden.

Die Erklärung kann bei Infoständen eingesetzt werden, sie wird auf der attac-Seite veröffentlicht.

Es geht also nicht „nur“ um die Erstellung eines internen Papiers zur Selbstverständigung. Von einer Person wurde darauf hingewiesen, dass nicht alle Attac-Aktive auf genau diesen Text verpflichtet werden. Es können auch andere Schwerpunkte gesetzt und andere Bewertungen der EU vertreten werden. Dazu gab es keine Kommentare.

Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet mit folgenden Mitgliedern:

- Törk (macht einen Vorschlag zur Änderung des Papiers zum Thema Ökologie)
- Annette (macht einen Vorschlag zur Änderung des Papiers zum Thema Soziales)
- Julia & Anne arbeiten zu Demokratie.
- Harald vertritt (mit Brigitte) die AG Europa

Einladung und Koordination Julia.

Terminschiene: **Die „Erklärung zur Wahl des EU-Parlaments 2024“ wird auf der Ratssitzung vom 18.2.2023 diskutiert, ggf. verabschiedet.**

Der von der Arbeitsgruppe erarbeitete Text muss den Rats-Mitgliedern rechtzeitig zugehen, optimalerweise noch vor Weihnachten, spätestens bis Mitte Januar.

Informationen der RAG Internationales (Harald)

- Es wird versucht, in einem Diskussionsprozess europäische attac-Gruppen und Gruppen aus sozialen Bewegungen zusammenzuführen. Die BAGs wurden zu einem ersten Videokonferenz am 20.11. eingeladen.
- Das europäische Attac-Netzwerk hat eine Steuerpapier entwickelt, inhaltlich analog zum entsprechenden Papier der BAG Finanzmärkte und Steuern. Zum „Steuerpapier“ ist eine europäische Kampagne geplant bzw. bereits durchgeführt.
- Die RAG setzt sich dafür ein, das europaweit verstärkt gegen Rechts gearbeitet wird.
- Auftrag an die RAG Internationales: herauszufinden, was die attac-Organisationen in anderen europäischen Staaten zur Europawahl machen.

Diskussion: Es ist komplex, eine länderübergreifende, kontinuierliche Vernetzung zu schaffen.